

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil:

E. Fontane,

für Teileton und Vermischtes:

J. Steinbach,

für den übrigen redakt. Theil:

J. Hachfeld,

sämtlich in Posen.

Verantwortlich für den Finanztheil:

J. Klugkist in Posen.

Achtundneunzigster Jahrgang.

# Pozener Zeitung

Jahrgang.

Nr. 247

Freitag, 10. April.

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
Huf. Ad. Schles., Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Gde.  
H. L. Nitsch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8,  
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen; ferner bei den  
Unternehmens-Expeditionen Rudolf Noss, Haasestein & Vogler A.-G.,  
G. L. Danke & Co., Invalidenpark.

Ausserats, die schlagendste Zeitung oder deren Raum  
in der Morgenzeitung 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagzeitung 25 Pf., an vorausgezogener Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagzeitung bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenzeitung bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

## Deutscher Reichstag.

94. Sitzung vom 9. April, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung der Gewerbevölker wird fortgesetzt mit § 125 (Vertragsbruch).

Nach diesem Paragraphen wird im Falle eines Vertragsbruchs dem Arbeitgeber resp. dem Gesellen oder Gehilfen als Entschädigung zugesprochen der ortsübliche Tagelohn für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmässigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, ohne daß der Nachweis eines Schadens erforderlich ist. In gleicher Weise haftet ein Arbeitgeber, der einen Gesellen oder Gehilfen zum Vertragsbruch verleitet oder wissentlich einen vertragsbrüchigen Gesellen oder Gehilfen annimmt, dem früheren Arbeitgeber für den entstehenden Schaden.

Hierzu liegen eine Reihe von Abänderungsanträgen vor.

Ein Antrag Außer (Soz.) will den ganzen § 125 streichen.

Ein Antrag Bayer (Volksp.) will nur den Arbeitgeber strafbar machen, der zum Kontraktbruch verleitet oder einen kontraktbrüchigen Arbeiter beschäftigt, den übrigen Theil des Paragraphen aber streichen.

Ein Antrag Dr. Krause (dfr.) will eine Entschädigung bei Kontraktbruch nur bei Nachweis eines Schadens zugesprechen.

Ein Kompromißantrag Dr. Hartmann-Letocha-Möller-Frhr. v. Stumm will den Arbeitgeber, der eine kontraktbrüchige Person wissentlich "behält", dann haftpflichtig machen, wenn seit dem Kontraktbruch noch nicht 14 Tage verflossen sind.

Abg. Singer (Sozialdem.) wendet sich entschieden gegen den Paragraphen. Hier sei wieder eine Bestimmung, welche die guten Seiten, welche die Vorlage sonst haben möge, völlig illusorisch mache. Um die Arbeiter wegen angeblich großer Kontraktbrüchigkeit unter ein Ausnahmerecht zu stellen, habe der Handelsminister sogar eine Streitschlüssel aufgestellt. Diese Statistik enthalte aber nur die Zahl der Streiter, nicht aber die Gründe, welche doch die Hauptfache seien. Wenn auch die in dieser Statistik gegebenen Zahlen richtig sein sollten, so würde das nur beweisen, daß die Lage der Arbeiter verbessert bedürftig sei; er wolle nicht bestreiten, daß die Regierung bei ihrem Vorschlag von guten Intentionen geleitet sei, aber der Effekt werde doch der sein, daß das soziale Übergewicht der Unternehmer eine neue Stärkung erfahre. Nachdem das Polizeidecree des Sozialistengesetzes versagt habe, wolle man dem Arbeiter durch das Bürorrecht einen Hemmischuh in der freien Bewegung anlegen. Der Umstand, daß einzig und allein die sozialdemokratische Fraktion gegen diese Ausnahmemaßregel auftrat, sei der Beweis dafür, daß nur die Sozialdemokratie die Vertreterin der Arbeiterinteressen sei. Thatächlich sei ja auch die Arbeiterklasse als solche politisch organisiert in der Sozialdemokratie. Diese Befreiung ist ein unauslöschliches Brandmal des Liberalismus, denn einem deutschfreundlichen Antrage verdante der Kommissionsbeschluß seine Entstehung. Wenn auch Zentrumsmitglieder in der Kommission für diesen Antrag gestimmt hätten, so hätten sie wohl gedacht: wenn die Freisinnigen zustimmen, können wir es auch, wir werden uns dann vor den Wählern mit der freisinnigen Partei decken. Nun, die Wähler würden allerdings die Duttung darüber ausspielen, daß man die Arbeiter wiederum unter ein Ausnahmegericht stelle. Redner wiederholt seine getretenen Ausführungen, daß in Folge der Lohnneinhaltung der Arbeiter in seiner Bewegungsfreiheit beschränkt werde, und daß die ganze Bestimmung von einseitigen Unternehmerstandpunkten distrikt sei. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Puttkamer (l.): Die Sozialdemokratie sind nicht Vertreter der Arbeiter, sondern Feinde derselben; das haben sie durch ihre gefürchtete Abstimmung über die Kündigungsfest bewiesen und durch ihre Stellung zu den Wohlfahrtsseinrichtungen der Arbeitgeber. Mit der offenen Betonung dieser Stellung haben sie einen großen taktischen Fehler begangen (Vachen bei den Sozialdemokraten). Dem Unfug, der mit dem Kontraktbruch von Seiten der Arbeiter getrieben wird, muß entschieden entgegentreten werden. Herr Singer hat deshalb in gewisser Beziehung Recht, wenn er von einem Ausnahmegericht spricht; denn es handelt sich um ganz außergewöhnliche Verhältnisse. Ich halte das Ausnahmegericht für berechtigt, wie ich die Aufhebung des Sozialistengesetzes bedauere. Der Kontraktbruch der Arbeiter ist vom Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses ganz anders zu betrachten, als das naive Unrecht bei Nichtinnehaltung eines Vertrages sonst (Vachen bei den Sozialdemokraten). Denn hier handelt es sich um einen rechtswidrigen Zwang gegen die Unternehmer. Bei dem Streit der Bauarbeiter erstreckt sich der Zwang nicht allein auf die Unternehmer, sondern auf weite andere Kreise. Das ist der himmelsweite Unterschied von anderen Vertragsbrüchen im gewöhnlichen Leben. Nebrigens wird ja der Unternehmer in diesem Paragraphen bei Kontraktbruch genau ebenso bestraft wie der Arbeitgeber. Der Arbeiter ist sogar noch besser daran als der Arbeitgeber. Denn wenn er widerrechtlich entlassen wird, erhält er die Entschädigung, auch wenn er sofort wieder Arbeit findet. Durch den Antrag Krause würde allerdings den Arbeitern dieser Vorteil entgehen. Wir müssen dem Nebel entschieden entgegentreten, und ich glaube nicht, daß das Heilmittel, das hier vorgeschlagen wird, nicht im Verhältnis zu dem Umfang des Nebels steht. Die steigende Erbitterung der Arbeiter, mit der uns Herr Singer droht, wird uns nicht lange machen. Ich bitte Sie die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen, und die anderen Anträge abzulehnen, namentlich den Antrag Krause.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Wir haben zu diesen Bestimmungen die schwerwiegendsten Gründe gehabt. Diese liegen in der Thatjache, daß die Regierung zum Kontraktbruch in einer das öffentliche Wohl überaus bedrohenden Weise zugemessen hat. Zu der vom Abg. Singer vermittelten Statistik über die Gründe der Arbeitsinstellungen liegt kein Grund vor, es handelt sich nur darum, daß die Arbeitsinstellungen mit Kontraktbruch erfolgt waren, zu denen kein Grund vorlag. So war der Kontraktbruch bei dem vorjährigen

Arbeiteraufstand ganz unberechtigt, denn es handelte sich da nur um Lohnfragen, und diese berechtigen niemals zum Kontraktbruch. (Abg. Bebel: Und der Kontraktbruch der Bechenbesitzer?) Ich bin nicht gesonnen, auf Unterbrechungen irgendwie zu antworten. Durch den Ausstand einer ganzen Arbeiterklasse wird die ganze Industrie gefährdet. Die Statistik des Dr. Löwenfeld ist eine durchaus falsche; denn er vergleicht z. B. den Kontraktbruch der Arbeiter mit der Nichtbezahlung einer Weinzeche eines Kavaliers. In diesem Falle hat nur der creditirende Gastwirth einen Schaden, das öffentliche Wohl ist in keiner Weise dabei interessiert, und die Gesetzgebung hat deshalb keine Veranlassung, einzuschreiten. Wenn aber große Massen von Arbeitern mit der bewußten Absicht, sich durch unerlaubte Mittel einen Vorteil zu verschaffen, den Kontraktbruch begehen, so liegt die Gemeingefährlichkeit auf der Hand, und der Staat muß auf das allerentscheidende einschreiten. Aus dem Beispiel der englischen Ausstände, die alle ohne Kontraktbruch verlaufen, sieht man, daß es dem Arbeiter durchaus möglich ist, auch ohne Kontraktbruch berechtigte Forderungen durchzusetzen. (Abg. Bebel: Ich bedauere, daß nicht die Regierungsvorlage angenommen ist. Trotzdem sind die verbündeten Regierungen entschlossen, gegen die Kommissionsbeschlüsse keinen Widerpruch zu erheben. Herr Singer hat heute hier die alten Phrasen gemacht von der Bedrückung der Arbeiter, von der Vertretung der Unternehmerinteressen. Allmählig wird man gegen solche Behauptungen abgestumpft. Die Sozialdemokraten sollten mit solchen Vorwürfen auch selbst vorsichtiger sein. Es gibt nämlich einen Standpunkt, der auch ihnen zum Vorwurf macht, daß sie nicht ganz frei von der Vertretung der Unternehmerinteressen; das ist der Standpunkt der Herren, die sich so unharmonisch zur Philharmonie stellen. (Große Heiterkeit.) Und dann, welcher Censur unterzieht Karl Marx in seinem kürzlich veröffentlichten Brief aus dem Jahre 1875 das sozialdemokratische Programm! Hast auf jeder Seite finden Sie den Ausdruck Phrasen, das ganze Programm erhebe sich um nichts über dem Niveau der bürgerlichen Ausschauungen, es herrsche der reine Unternehmergeist. Deutlicher könne man nicht sein. Marx sagt selbst von Herrn Bebel, daß er nicht aus dem Unternehmerstiefeln herauskomme. Die verbündeten Regierungen werden sich durch solche Phrasen nicht von der Erfüllung ihrer Pflicht abwendig machen lassen. Wenn die Arbeiter den Schutz des Staates gegen Missstände, die sie drücken, und die sie nicht selbst beseitigen können, erbitten, so soll er ihnen gewiß zu Theil werden. Wenn aber Unternehmer, die in derselben Lage sich befinden, Schutz und Unterstützung der Regierung gegen Missstände brauchen, die sie aus eigener Kraft zu beseitigen nicht im Stande sind, so haben sie genau denselben Anspruch auf das Eintreten der Gesetzgebung, wie die Arbeiter. Dieser Standpunkt entspricht allein der Gerechtigkeit, und die verbündeten Regierungen werden ihn vertreten. (Beifall lins.)

Abg. Singer (Sozialdem.) wendet sich entschieden gegen den Paragraphen. Hier sei wieder eine Bestimmung, welche die guten Seiten, welche die Vorlage sonst haben möge, völlig illusorisch mache. Um die Arbeiter wegen angeblich großer Kontraktbrüchigkeit unter ein Ausnahmerecht zu stellen, habe der Handelsminister sogar eine Streitschlüssel aufgestellt. Diese Statistik enthalte aber nur die Zahl der Streiter, nicht aber die Gründe, welche doch die Hauptfache seien. Wenn auch die in dieser Statistik gegebenen Zahlen richtig sein sollten, so würde das nur beweisen, daß die Lage der Arbeiter verbessert bedürftig sei; er wolle nicht bestreiten, daß die Regierung bei ihrem Vorschlag von guten Intentionen geleitet sei, aber der Effekt werde doch der sein, daß das soziale Übergewicht der Unternehmer eine neue Stärkung erfahre. Nachdem das Polizeidecree des Sozialistengesetzes versagt habe, wolle man dem Arbeiter durch das Bürorrecht einen Hemmischuh in der freien Bewegung anlegen. Der Umstand, daß einzig und allein die sozialdemokratische Fraktion gegen diese Ausnahmemaßregel auftrat, sei der Beweis dafür, daß nur die Sozialdemokratie die Vertreterin der Arbeiterinteressen sei. Thatächlich sei ja auch die Arbeiterklasse als solche politisch organisiert in der Sozialdemokratie. Diese Befreiung ist ein unauslöschliches Brandmal des Liberalismus, denn einem deutschfreundlichen Antrage verdante der Kommissionsbeschluß seine Entstehung. Wenn auch Zentrumsmitglieder in der Kommission für diesen Antrag gestimmt hätten, so hätten sie wohl gedacht: wenn die Freisinnigen zustimmen, können wir es auch, wir werden uns dann vor den Wählern mit der freisinnigen Partei decken. Nun, die Wähler würden allerdings die Duttung darüber ausspielen, daß man die Arbeiter wiederum unter ein Ausnahmegericht stelle. Redner wiederholt seine getretenen Ausführungen, daß in Folge der Lohnneinhaltung der Arbeiter in seiner Bewegungsfreiheit beschränkt werde, und daß die ganze Bestimmung von einseitigen Unternehmerstandpunkten distrikt sei. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Puttkamer (l.): Die Sozialdemokratie sind nicht Vertreter der Arbeiter, sondern Feinde derselben; das haben sie durch ihre gefürchtete Abstimmung über die Kündigungsfest bewiesen und durch ihre Stellung zu den Wohlfahrtsseinrichtungen der Arbeitgeber. Mit der offenen Betonung dieser Stellung haben sie einen großen taktischen Fehler begangen (Vachen bei den Sozialdemokraten). Dem Unfug, der mit dem Kontraktbruch von Seiten der Arbeiter getrieben wird, muß entschieden entgegentreten werden. Herr Singer hat deshalb in gewisser Beziehung Recht, wenn er von einem Ausnahmegericht spricht; denn es handelt sich um ganz außergewöhnliche Verhältnisse. Ich halte das Ausnahmegericht für berechtigt, wie ich die Aufhebung des Sozialistengesetzes bedauere. Der Kontraktbruch der Arbeiter ist vom Gesichtspunkte des öffentlichen Interesses ganz anders zu betrachten, als das naive Unrecht bei Nichtinnehaltung eines Vertrages sonst (Vachen bei den Sozialdemokraten). Denn hier handelt es sich um einen rechtswidrigen Zwang gegen die Unternehmer. Bei dem Streit der Bauarbeiter erstreckt sich der Zwang nicht allein auf die Unternehmer, sondern auf weite andere Kreise. Das ist der himmelsweite Unterschied von anderen Vertragsbrüchen im gewöhnlichen Leben. Nebrigens wird ja der Unternehmer in diesem Paragraphen bei Kontraktbruch genau ebenso bestraft wie der Arbeitgeber. Der Arbeiter ist sogar noch besser daran als der Arbeitgeber. Denn wenn er widerrechtlich entlassen wird, erhält er die Entschädigung, auch wenn er sofort wieder Arbeit findet. Durch den Antrag Krause würde allerdings den Arbeitern dieser Vorteil entgehen. Wir müssen dem Nebel entschieden entgegentreten, und ich glaube nicht, daß das Heilmittel, das hier vorgeschlagen wird, nicht im Verhältnis zu dem Umfang des Nebels steht. Die steigende Erbitterung der Arbeiter, mit der uns Herr Singer droht, wird uns nicht lange machen. Ich bitte Sie die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen, und die anderen Anträge abzulehnen, namentlich den Antrag Krause.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Wir haben zu diesen Bestimmungen die schwerwiegendsten Gründe gehabt. Diese liegen in der Thatjache, daß die Regierung zum Kontraktbruch in einer das öffentliche Wohl überaus bedrohenden Weise zugemessen hat. Zu der vom Abg. Singer vermittelten Statistik über die Gründe der Arbeitsinstellungen liegt kein Grund vor, es handelt sich nur darum, daß die Arbeitsinstellungen mit Kontraktbruch erfolgt waren, zu denen kein Grund vorlag. So war der Kontraktbruch bei dem vorjährigen

statt der Strafe die Entschädigung setzt. Der Nachweis eines Schadens wird sich bei Kontraktbrüchen vor dem Richter in den meisten Fällen nicht führen lassen. Wenn wir aber einen Schadensfall zu erkennen, so müssen wir es so thun, daß auch Gebrauch davon gemacht werden kann. Wir sind in der Kommission davon ausgegangen, daß von der Arbeitsniederlegung ohne Kündigung meist wirklich ein Schaden entsteht, für den eine Entschädigung gerechtfertigt ist, und wenn diese fest normirt wird, ist am besten einer Uebervortheilung eines der beiden Theile vorgebeugt. Die gegenwärtige vorgeschlagene Bestimmung enthält andererseits eine Milderung gegen den bisherigen Zustand, durch Beseitigung des Rechtszustandes, daß ein Arbeitgeber, der gutgläubig einen Arbeiter annimmt, ihn aber auch behält, wenn er nachträglich den Vertragsbruch erfährt, ersatzpflichtig wird. Der Antrag Hartmann-Letocha will diese Bestimmung allerdings auch hier einführen; ich werde diesen Antrag aber ablehnen, da ich ihn nicht als gerechtfertigt ansiehe kann. Eine weitere Milderung liegt darin, daß während früher die Arbeitgeber den Lohn der Arbeiter einfach einbehielten, jetzt die Arbeiter denselben zurückverlangen dürfen, und es steht zu erwarten, daß die Arbeiter von diesem Rechte recht häufig Gebrauch machen werden. Das aus den Lohnneinhaltungen hergekommenen Bedenken vermindert sich wesentlich dadurch, daß diese Lohnneinhaltungen nur bei Betrieben mit unter 20 Arbeitern stattfinden.

Die Kommissionssatzung sollte nach keiner Richtung ein Ausnahmerecht sein. Sie entfällt, wenn man alles in allem nimmt, so viel Vorteil für die Arbeiter, daß diese nur dankbar dafür sein können. Wir wollen hier ziviles Recht haben, die Herren Sozialdemokraten aber verlangen gerade immer öffentliches Recht und bauen damit der Regierung die Brücke, auf der sie gerade gegen die Arbeiter vorgehen kann. Ich kann mit diesem Paragraphen den Arbeitern ruhig gegenüberstehen; denn ich habe dazu mitgewirkt, eine Rechtsgestaltung für die Arbeiter erzielt zu haben, die annehmbarer ist als das Bisherige, und daß es möglich sein wird, das Gesetz in acceptabler Form anzunehmen. Ich habe das Bewußtsein, meiner Pflicht genügt zu haben. (Beifall lins.)

Abg. Dr. Schäder (Btr.) erklärt im Namen seiner Partei seine Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen. Er steht auf dem Boden des Arbeitsvertrages. Die Konsequenz sei aber die Pflicht, den Vertrag zu halten. Dies sittliche Moment dürfe aus dem Arbeitsvertrag nicht genommen werden, und die Entschädigung bei einem Kontraktbruch sei deshalb durchaus gerechtfertigt. Wenn die Sozialdemokraten sich auf Vertragsbruch in anderen Gesellschaftskreisen beriefen, so könnten sie ja einen Gesetzentwurf einbringen, auch dort eine Entschädigung einzuführen. Redner wendete sich gegen die Ausführungen des Abg. Singer. Das Zentrum vertrete die Interessen aller Klassen.

Abg. Dr. Schäder (Btr.) befürwortet die Kommissionsbeschlüsse mit dem Kompromißantrag, wenn er sich auch nicht verhindern kann, daß alle Kautelen Strifes mit Kontraktbruch nicht verhindern werden.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 1 Uhr.

Schluss 4½ Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 9. April, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Der Gesetzentwurf, betreffend die Änderung des Wahlverfahrens (Antrag Hüne) wird in nochmaliger Abstimmung unter Einfügung auch der in dem ersten Entwurf ausgeschlossenen hessischen Lande und der Insel Helgoland angenommen.

Es folgt die zweite Berathung der Landgemeindeordnung.

§ 1, welcher die Gestaltung des Entwurfes auf die sieben östlichen Provinzen ausspricht, wird ohne Debatte angenommen. § 2 enthält die grundlegenden Bestimmungen über die Modalitäten der Zusammenlegung der Landgemeinden und Gutsbezirke.

Die Regierungssatzung hat in der Kommission erhebliche Veränderungen erfahren, deren wesentlichste dahin geht, daß bei Nichterzielung eines Einverständnisses der Beteiligten über Zusammensetzungen nicht bloß die Anhörung des Kreisausschusses, sondern auch höherer Instanzen zu erfolgen hat, und überhaupt das ganze Verfahren an einen förmlichen Instanzenzug unter Beteiligung der Lokal- und Provinzialselbstverwaltungen geknüpft wird, andererseits aber Landgemeinden und Gutsbezirke, welche ihre öffentliche rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen außer Stande sind, der Königlichen Anordnung gemäß sollen aufgelöst werden. Zugleich ist der Entwurf eingeschränkt worden durch engere Begrenzung der Fälle, in welchen ein öffentliches Interesse als vorliegend angesehen wird.

Ein dazu vorliegender freisinniger Antrag Ebert wird die Regierungsvorlage wieder herstellen.

Abg. Ritter (Btr.) bedauert, daß die Kommission die Regierungsvorlage in mehreren wesentlichen Punkten verschlechtert habe. Gleichwohl werde seine Partei, wenn nicht hier noch weitere Veränderungen vorgenommen würden, für das Gesetz stimmen, weil das Land auf die Regelung der ländlichen Gemeindeverhältnisse nicht länger warten könne. Um ihren Standpunkt klar zum Ausdruck zu bringen, beantragt seine Partei die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Es handele sich keineswegs um lokale, sondern um Landesfragen. Es wäre eigentlich unmöglich, wenn man bei der Bildung der Urgebilde, auf denen die Landesverwaltung beruhe, die lokalen Selbstverwaltungsbehörden entscheidend sein lassen wollte. Wie die Selbstverwaltungsorgane verfahren würden, zeige ein Fall aus Sachsen, den Redner näher darlegt. Da sei es nötig, daß das Staatsinteresse dem lokalen Interesse gegenüber energisch wahrgenommen werde. Er hoffe, der Minister werde die Oberpräsidenten anweisen, überall, wo es das Staatsinteresse erhebe, ohne Weiteres an das Staatsministerium zu gehen.

**Abg. v. Rauchhaupt (l.):** Die Vorlage ist in der Kommission durchaus nicht verschlechtert worden. Ich hoffe, daß die Ausführung des Vorredners die Regierung stützlich machen und für sie ein Fängerzeug sein wird, mit welchen Bundesgenossen sie es zu thun hat. Wir wollen den Selbstverwaltungskörpern geben, was sie haben. Wir wollen den schnellen überstürzenden Weg der Entwicklung der Landgemeindeverhältnisse abschneiden, wir wollen eine langsame organisatorische Entwicklung. Es handelt sich um die vitalen Interessen einzelner kleiner Gebiete, und deshalb müssen Sie die Selbstverwaltungskörper entsprechen lassen; deshalb wollen wir den ganzen Instanzenzug, damit Klarheit in jeder Beziehung geschaffen werden. Unsere Beschlüsse berücksichtigen das öffentliche Interesse vollkommen. Dem Minister geht doch die Lokalkenntnis ab, die zur Prüfung der Frage, ob zusammengelegt werden soll oder nicht, gehört, die lokalen Interessenten müssen also gehört werden, und nur wenn dies gehört werden, wird auch das Staatsinteresse gefördert. Ich bedauere, daß den Selbstverwaltungskörpern nicht die Einsicht zugemutet wird, das Staatsinteresse wahrzunehmen. Das Misstrauen gegen die Kreisausschüsse, daß sie nur lokale Interessen vertreten, ist ganz ungerecht. Es ist den Kreisausschüssen in Fleisch und Blut übergegangen, die Staatsinteressen in erster Linie zu stellen, das werden Ihnen auch liberale Landräthe bestätigen. (Sehr richtig! rechts.) Die drei Gründe, welche wir als für das öffentliche Interesse maßgebend angesehen haben, umfassen die gesammelten Gebiete, welche überhaupt dafür denkbar sind. Wir beeinträchtigen ja garnicht die Rechte der Krone, wir wollen garnicht prästationsfähige Gemeinden und Gutsbezirke haben, aber wir wollen auch eine Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse. Und was die Gutsbezirke und Gemeinden im Gemengelage betrifft, so ist die Auffassung der konservativen Partei, daß beide sich an den Lasten beteiligen müssen. Die Fälle, wo der Instanzenzug bis an das Staatsministerium hinaufgeht, werden in Preußen überhaupt nicht vorkommen. Ich habe überhaupt eine andere Meinung von den preußischen Beamten als Abg. Ritter, ich fürchte nicht für ihre Unabhängigkeit. Heute, wo die Sozialdemokratie sich so sehr ausbreitet, haben wir alle Ursache, jede Zustimmung von der Landbevölkerung fernzuhalten, und darum bei Maßnahmen, bei denen es sich um ihre vitalsten Interessen handelt, auch sie selber entsprechen zu lassen. (Beifall bei den Konservativen.)

**Abg. Ihr. v. Huene (ctr.):** Ich stimme Herrn v. Rauchhaupt vollkommen bei, daß das Vertrauen in die Selbstverwaltungskörper nicht erschüttert werden darf. Die Selbstverwaltungskörper wirken im allgemeinen durchaus gut und segensreich, nur kosten sie uns sehr viel Geld. Die Kommissionsbeschlüsse befriedigen mich allerdings nicht vollständig. Indes haben wir ein Kompromiß vor uns, bei dem der Einzelne auch keinen weitergehenden Standpunkt zu Gunsten der Erreichung des Gesamtzieles unter Umständen aufzugeben muß. Aber das Staatsministerium einzuführen als Instanz in unsere Selbstverwaltung, wie es in dem Kompromiß geschieht, ist ein vollständiges Novum, und ich warne dringend davor, hieraus für die Zukunft ein Präjudiz zu schaffen. Das wäre der Tod der Selbstverwaltung. Das ist ein großes Bedenken meiner sämtlichen politischen Freunde, in deren Namen ich hier spreche. Indes haben wir doch schließlich für die Kommissionsbeschlüsse gestimmt. Wir nehmen Abstand von der Stellung eines besonderen Antrages, weil wir in der zweiten Lesung doch keine Majorität für ihn erzielen werden. Vielleicht geht es noch, bis zur dritten Lesung eine Verständigung zu erreichen, welche unsere Bedenken beseitigt. Das vorgeschlagene Verfahren ist viel zu langwierig. Wenn es uns gelingt, eine einzige Instanz, den Provinzialrath mit der Entscheidung zu betrauen, so würden wir die Sache überaus vereinfachen. Die Entscheidung der Krone müßte abhängig gemacht werden von dem Besluß des Provinzialraths, indem eine Zusammenlegung nicht durch die Krone erfolgen soll, wenn der Provinziallandtag sie nicht für zweckmäßig hält. Andererseits soll ohne Zustimmung der Krone keine Korporation im Lande entstehen können. Eine Verleugnung der Kronrechte kann daraus nicht gefolgt werden.

**Minister des Innern Herrfurth:** Da es sich bei § 2 um ein abgeschlossenes Kompromiß handelt, ist ein Zurücktreten nicht mehr angängig. Wenn ich auch in meinem Innern der Regierungsvorlage den Vorzug gebe, so haben die Beschlüsse der Kommission doch den Vorzug, daß sie mit Sicherheit angenommen werden. (Heiterkeit.) Herr v. Huene scheint ein Vacuum schaffen zu wollen für die zweite Lesung, um dann eine Ergänzung herbeizuführen bei der dritten Lesung und zwar in einer Weise, welche für unzulässig erachte. Er will sowohl bei der Vereinigung ganzer Gutsbezirke und Landgemeinden mit anderen Gutsbezirken und Gemeinden als auch bei der Parzellenvereinigung die Entscheidung darüber, ob eine solche Vereinigung gegen den Widerspruch der Beteiligten zulässig sein soll, ausschließlich in die Hand des Provinzialraths geben. Wenn er auch versucht hat, auszuführen, daß darin eine Einschränkung der Krone zur Zeit bestehenden Rechte nicht liegt, so trifft das auf den Absatz 5 nicht zu. Zur Zeit hat die Krone das Recht, lediglich nach Anhörung der Beteiligten und der Selbstverwaltungskörper ohne ihre Zustimmung im öffentlichen Interesse die Abtrennung einzelner Theile von Gutsbezirken oder Landgemeinden und ihre Vereinigung mit anderen Gutsbezirken oder Landgemeinden, sofern ein öffentliches Interesse vorliegt, anzuerufen. Diese Befugnis will er der Krone nehmen. Ich erkenne das an, was er über die Aufrechterhaltung der Autorität des Kreisausschusses gesagt hat. Ich unterschäfe nicht die Tätigkeit der Kreisausschüsse. Ich weiß, daß sie solche Sachen besser erledigen können, als die Herren am grünen Tisch und in der Ministerialinstanz. In dem ersten Jahre meiner Tätigkeit als Minister, als es sich darum handelte, in der Provinz Posen die neue Verwaltungsorganisation einzuführen, aber unter Beibehaltung der alten ständischen Kreisordnung, bin ich immer dafür eingetreten, daß der Kreisausschuss als alleiniger Theil der Verwaltungsorganisation aus der Kreisordnung in diese Provinz mit übernommen wurde; denn der Kreisausschuss ist nicht bloß für die Verwaltung der Kreis- und Kommunalangelegenheiten, sondern in einer großen Reihe Angelegenheiten der allgemeinen Landesverwaltung nicht bloß über die im Wege des Verwaltungsstrafverfahrens zu entscheidenden Differenzen, sondern auch über die im Beihilfverfahren zu erledigende Regelung einzelner öffentlich rechtlicher Verhältnisse durchaus die geeignete Instanz. Aber für die ganze Organisation der kommunalen Verhältnisse ist es nicht möglich, die Entscheidung in die Hand der Selbstverwaltungsbehörden zu legen und den Staat unbedingt an diese Entscheidung zu binden.

**Abg. Dr. Krause (nl.):** Meine Fraktion steht im Großen und Ganzen auf dem Boden der Kommissionsvorlage und würde für den § 2 in der Kommissionsfassung stimmen. Wir werden durch dieses Gesetz leistungsfähigere Gemeinden schaffen, ein frischeres Gemeindeleben und vor Allem eine Annäherung zwischen Gutsbezirken und Landgemeinden. Hoffen wir, daß, wie im § 2 auch in allen übrigen Beziehungen alle Hindernisse beseitigt werden und das ganze Gesetz einstimmig angenommen wird.

**Abg. v. Meyer (Arnswalde, wildkons.):** Nach meiner Erfahrung besteht auf dem Lande eine große Abneigung besonders gegen Alles, was auf die Bildung von Samtgemeinden hinausgeht, und das also die ganze Landgemeindeordnung ein Bedürfnis ist (Widerspruch links). Die Gutsbezirke im Osten sind von ganz besonderem Wert, die Lohnverhältnisse auf denselben sind sehr befriedigend, und außerdem sind sie musterhafte Armenverbände. Ihre Befestigung wäre darum ein großer Nachteil.

**Abg. Dr. Ritter (freik.):** Wir stehen ganz auf dem Boden der Kommissionsvorschläge und werden die Anträge der Linken ablehnen. Die Rechte der Krone sind nach unseren Beschlüssen gewahrt. Wir wollen aber die Krone nicht hinunterschieben in den Streit der Gemeindeinteressen, dafür steht sie uns zu hoch. Das öffentliche Interesse kann doch nicht allein maßgebend sein, es müssen doch die lokalen Interessen auch berücksichtigt werden. Sollen die Interessenten, denen durch Zusammenlegung oder Trennung oft größere Lasten auferlegt werden, nicht gebürt werden? Man nimmt Bezug auf die Vororte der großen Städte, um die Kommissionsvorschläge zu bekämpfen, aber man möge doch bedenken, daß der Entwurf für die gesammelten östlichen Provinzen gemacht ist. Der Instanzenzug wird auch gar nicht ein langsamer werden, zumal an Stelle der Gutachten Beschlüsse treten. Die Zusammensetzung der Kreisausschüsse gewährleistet eine objektive Behandlung der Frage. Die Auffassung der Freisinnigen über die Kreisausschüsse ist eine durchaus parteiische, und dann sollte ja auch nach der Regierungsvorlage eine Anhörung derselben stattfinden.

**Abg. v. Schalcha (Btr.):** Das Schicksal des Entwurfs war durchaus nicht von vornherein so klar. Es gilt von ihm das Bauern-Sprichwort: Donnerts im Mai, dann ist der April vorbei, donnerts im Dezember, dann wird das ganze Land in den April gesetzt. (Heiterkeit) Was nutzt es, wenn die endgültige Entscheidung des Staatsministeriums mit Gründen versehen sein muß? Die Gründe heben doch die Entscheidung nicht auf, mögen sie gut oder schlecht sein. Gegen einen zukünftigen Minister des Innern, den ich nicht kenne, kann ich kein Vertrauen haben, und ihm daher die endgültige Entscheidung nicht übertragen. Die Annahme der Vorlage in der Kommissionsvorlage wird die Unzufriedenheit, die schon vorhanden ist, noch vermehren. Man will die Gutsbezirke zusammenzuschließen in einer ganz verkehrt Form, nachdem man beide früher gewaltsam auseinandergerissen hat. Werden Gutsbezirke mit Landgemeinden zusammengelegt, so werden die letzteren den Trieb haben, den Gutsbesitzer zu majorisieren, während sie bis jetzt ihn wenigstens oft um Rath gefragt haben. Ich werde deshalb gegen § 2 stimmen.

**Abg. Sommerath (natl.):** schildert die Entstehung der selbstständigen Gutsbezirke und tritt für eine Zusammenlegung der in derselben Gemarkung liegenden Gutsbezirke und Gemeinden auf historischer Grundlage ein. Redner erklärt für seine Person in erster Linie für den freisinnigen Antrag zu stimmen.

**Abg. Ritter (frd.):** Ueber die Ausführungen des Abg. v. Meyer-Arnswalde habe ich mich bei seiner ganzen Richtung nicht gewundert, wohl über das Bravo, welches von einem Theil der Konservativen bei der Ausführung ertönte, daß kein Bedürfnis vorliegt. Das gibt die Stimmung in einem Theile der Konservativen gut wieder. Der Minister hat eine tiefe Verbeugung vor der Majorität gemacht. Das ist als der Anfang eines wirklichen Parlamentarismus in gewissem Sinne zu begrüßen. Immer weiter! (Heiterkeit) Dieses Haus soll ja nach Aussage des Abg. v. Huene das letzte mit einer so großen konservativen Majorität sein. Hoffentlich macht dann der Minister auch dieselbe Verbeugung vor einer liberalen Majorität. Man braucht keine Angst zu haben, daß wir unsere Bundesgenossenschaft der Regierung aufdrängen. Wir von der freisinnigen Partei geben unsere Bundes-Genossenschaft ohne Gegenleistung aus sachlichen Gründen und wir freuen uns, wenn wir der Regierung einmal unsere Bundes-Genossenschaft anbieten können. Den Werth der Selbstverwaltungskörper unterschäfe ich wahrlich nicht, denn ich bin in ihnen groß geworden. Wir behandeln diese Frage auch gar nicht vom Parteidistanzpunkt aus, und wir würden dieselbe Stellung einnehmen, selbst wenn sämtliche Kreisausschüsse im Osten freiwillig wären. (Ruf: na, na!) Können Sie sich denn nicht zu derselben Auffassung ausschwingen? Es handelt sich hier um eine Frage der Gesetzgebung, und ihre Regelung kann nicht den Selbstverwaltungs-körpern überlassen bleiben. Bezuglich unserer Auffassung über die Selbstverwaltungskörper befinden wir uns in guter Gesellschaft, in der des Ministers des Innern. Die Kreisausschüsse sind zu nahe befreit, als daß sie objektiv genug sein könnten. Die Rede des Herrn v. Rauchhaupt zeigte, daß man Hindernisse aufstürmen will gegen die Vereinigung von Gutsbezirken und Landgemeinden. Das wollen wir nicht. Wir nehmen die Vorlage an in Zuversicht auf die Zukunft, in der Zuversicht, daß einmal eine rationelle Gliederung der Urgebiude kommt, auf denen sich der Staat aufbaut. (Beifall links.)

**Abg. v. Heydebrand und der Laia (konf.):** wendet sich gegen einige Bemerkungen der Abg. Krause und v. Schalcha und konstatiert, daß seine Partei mit dem Kompromiß in der Sache nicht von ihrem ursprünglichen Standpunkte abgegangen sei. Nur deshalb habe sie zugestimmt und bei dieser Zustimmung werde sie auch bleiben.

Die Diskussion wird geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen § 2 nach dem Kommissionsvorlage angenommen.

**Abg. v. Strombeck** beantragt, folgenden § 2a einzuschalten: "Das Vermögen der vereinigten Landgemeinden geht auf die neu gebildete Landgemeinde über."

Nachdem der Antragsteller und Abg. v. Heydebrand der Antrag befürwortet, Minister Herrfurth denselben als nicht nothwendig, nicht erschöpfend und deshalb bedenklich bezeichnet, und die Abg. Dr. Krause und Ritter ihn als überflüssig bekämpft haben, wird derselbe angenommen. Die §§ 3 bis 13 werden unverändert angenommen.

Nach § 14 Abj. 1 dürfen Buschläge zur Staatseinkommensteuer und besondere direkte Gemeindeabgaben nicht ohne gleichzeitige Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuer oder Einführung besonderer direkter Gemeindeabgaben vom Grundbesitz, und Buschläge zur Grund- und Gebäudesteuer oder besondere direkte Gemeindeabgaben vom Grundbesitz nicht ohne gleichzeitige Heranziehung der Staatseinkommensteuer erhoben werden.

Nach Abj. 2 sind die Grund- und Gebäudesteuer, sowie die beiden obersten Klassen der Gewerbesteuer bei der Gemeinde Besteuerung mindestens mit der Hälfte und höchstens mit dem vollen Betrage des Prozenthauses heranzuziehen, mit welchem die Staatssteuer belastet wird.

Die Abg. v. Rauchhaupt und Genossen beantragen in Absatz 1 hinter "Gebäudesteuer" einzufügen "sowie der Gewerbesteuer", und hinter "Grundbesitz" einzufügen "und Gewerbetrieb"; ferner in Absatz 2 statt "die beiden obersten Klassen" zu sagen "die drei obersten Klassen"; endlich dem Paragraphen folgenden neuen Absatz hinzuzufügen: "Bis zum 1. April 1893 treten an Stelle der drei ersten Klassen der Gewerbesteuer in Absatz 2 die Klassen A I und A II der seitherigen Gewerbesteuer."

Abg. v. Strombeck empfiehlt den Antrag. Es entspricht der Gerechtigkeit, daß auch die Gewerbetreibenden herangezogen würden.

Nach weiterer unerheblicher Debatte, in welcher Minister Herrfurth erklärt, daß wesentliche Bedenken gegen den Antrag nicht vorliegen, werden die Anträge v. Rauchhaupt angenommen. Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr. Schluss 3½ Uhr.

Kiel wieder in Berlin eingetroffen. Abends entsprach der Kaiser einer Einladung des Oberst-Jägermeisters Fürsten von Pleß zu einer Abendtasel, nachdem zuvor in Gegenwart des Monarchen eine Feier des „Ordens vom Weißen Hirschen Sancti Huberti“ stattfand. Am Donnerstag Vormittag begab sich der Kaiser nach dem Reichskanzlerpalais, den Vortrag des Reichskanzlers entgegenzunehmen.

— Wiewohl die äußersten Anzeichen dem unbefangenen Beobachter längst jeden Zweifel beseitigen mußten, daß eine sachliche Einigung über den Handelsvertrag Deutschlands mit Österreich-Ungarn erzielt sei, die noch zu erledigenden Streitfragen aber mehr über den Rahmen eines Handelsvertrages hinausgehende Angelegenheiten zum Gegenstande hatten, welche den Kernpunkt der Verhandlungen nicht mehr berührten, so gefielen sich dennoch etwelche Blätter — weil der Wunsch der Vater des Gedankns ist — in dem Glauben, daß die Erörterungen der Bevollmächtigten beider Staaten so verlaufen würden, wie das Hornberger Schießen. Jeder Melbung, daß Deutschland die Heraussetzung der Getreidezölle auf 3½ Mark bewilligt habe, ohne daß ein Differentialzoll zugestanden wurde, fügte man ein großes Fragezeichen bei. Jede Ankündigung eines Wiener Blattes, daß die „Finalisirung“ der Verhandlungen nicht vor dem 20. April zu erwarten sei, wurde mit Befriedigung und Behagen verzeichnet. Indessen nun wird man doch wohl daran glauben müssen, daß der Handelsvertrag zu Stande kommt. Der „Reichsbote“ meldet, daß der Abschluß bereits Dienstag erfolgt, der deutsche Getreidezoll, wie bereits mitgetheilt, auf 3½ M. der österreichische Eisenzoll von 80 auf 60 Goldkreuzer herabgesetzt worden sei. Ist auch die Annahme, daß die Unterzeichnung des Vertrages schon stattgefunden habe, irrt, so ist, bemerkt die „Voss. Ztg.“, dieser Umstand doch ohne Bedeutung, denn die Unterzeichnung ist nur eine Neuheitlichkeit, die sich aus der materiellen Einigung von selbst ergiebt. Und diese Einigung ist zweifelsohne schon seit der Rückkehr der deutschen Vertreter nach Wien in allen wichtigen Punkten erreicht; in der Zwischenzeit ist auch die Vereinbarung über minder wichtige Fragen erfolgt, so daß der „Voss. Ztg.“ nunmehr die verbürgte Melbung zugeht, es sei eine vollkommene Verständigung über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag erfolgt dergestalt, daß über dreihundert im Tarif verzeichnete Artikel eine Vollmäßigung erfahren; es erübrige nur noch die Erledigung einiger Formlichkeiten. Die Nachricht wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes mit Genugthuung begrüßt werden. Das Hochschutzollsystem hat seinen Höhepunkt überschritten, und der deutsch-österreichisch-ungarische Tarifvertrag wird voraussichtlich nicht nur die politische Freundschaft beider Nationen erhöhen, sondern auch den Ausgangspunkt einer freundlicheren Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu einer Reihe anderer Staaten bilden.

— Die „Frank. Ztg.“ unterzieht die innere Lage einer Besprechung und führt hierbei aus:

Die Regierung muß sich nachgerade überzeugt haben, daß scharfen Gegensätzen gegenüber der ehrlichen und guten Wille, es allen Theilen recht zu machen, zum vollständigen Bankett führen muß, daß man sich mit den Thaten, die solchem Willen entsprechen, keine Freunde wirkt, sondern nur Gegner großzieht. Es wird ihr deshalb nichts Anderes übrig bleiben, als den Kampf mit den Gegnern aufzunehmen, und das wird sie nur vermögen, wenn sie zeigt, daß hinter ihrem Willen auch die Kraft steht, es auf das Neukerste ankommen zu lassen. Was ihr vor Jahr und Tag ein Leichtes gewesen sein würde, ist heute, das verfennen wir nicht, eine schwere Aufgabe durch ihre eigene Verschuldung; aber wenn sie sich nur ein Theil von der Rücksichtlosigkeit der Gegner aneignet, kann sie die Aufgabe auch jetzt noch glücklich bewältigen. Wir haben schon des Öfteren auf die Lebhaftigkeit der jetzigen Lage mit der zur Zeit der „neuen Ära“ in den Jahren 1859–61 hingewiesen; auch damals wollte die Regierung das Beste; aber sie fand der Opposition der Junkerpartei gegenüber nicht die nötige Entschlossenheit, obgleich ihr die Mehrheit des preußischen Volkes vorwärts treibend zur Seite stand. Sie möchte für ihre Schwäche eine Entschuldigung darin finden, daß ihr Wille der Krone als starker Rückhalt fehlt; für die jetzigen Machthaber gibt es eine solche Entschuldigung aber nicht, denn ihnen ist dieser Rückhalt sicher und wird um so weniger verfügen, je offener der ehemalige Reichskanzler als Stütz- und Mittelpunkt der Opposition hervortreten wird.

— Zur Kandidatur Bismarck wird der „Hrff. Ztg.“ aus Berlin geschrieben:

Personen, die den ehemaligen Reichskanzler in letzter Zeit gesprochen haben, bestätigen, daß er an eine regelmäßige parlamentarische Tätigkeit nicht denkt. Er wird nur kommen, wenn es ihm gerade einmal passt, oder vielleicht richtiger gesagt, wenn es Anderen nicht passt, also ungefähr das System beibehalten, das er als Reichskanzler verfolgt. Die Aussichten der Wahl gelten bei Kenner des Wahlkreises und solchen, die ihn neuerdings bereit haben, für ganz zweifelhaft. Es scheint Grund zu der Annahme vorhanden zu sein, daß angehörende Wähler, die früher national-liberal waren, gegen Bismarck stimmen werden.

### Parlamentarische Nachrichten.

— Die Einkommensteuer-Kommission des Herrenhauses hat vorgestern die Steigerung des Steuerjahrs über 3 Prozent hinaus abgelehnt.

### Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

**Krotoschin, 7. April.** Der Amtliche „Krotoschiner Anzeiger“ meldet: Wie wir soeben hören, rücken unsere beiden Bataillone heut in voller Kriegsbreitschaft nach der russischen Grenze, das Ostrowoer Bataillon ist dahin bereits ausgerückt. Die Ursache hierzu soll sein, daß preußische Grenzbeamte von russischen Grenzoldaten ohne jede Veranlassung erschossen worden sein.

### Deutschland.

Berlin, 9. April.

— Der Kaiser ist am Mittwoch Nachmittag von

# Telegraphische Nachrichten.

**Berlin**, 9. April. In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrates wurde die Reichstags-Resolution, betreffend die Revision des Reglements in Betreff der Vergütung für Reisekosten der Beamten und Offiziere, den Ausschüssen für das Landheer und die Festungen sowie für das Seewesen und für das Rechnungswesen, überwiesen. Die Resolutionen betreffend die Vorlegung einer Übersicht der Ausnahmetarife deutscher Eisenbahnverwaltungen zur Förderung der Kohleausfuhr, und betreffend die Mitteilung des Vertrages mit der Aktiengesellschaft des Wolffschen Telegraphen-Bureaus über die Beförderung von Telegrammen wurden dem Reichskanzler überwiesen.

**Wien**, 9. April. Der Kaiser Franz Josef begibt sich am 11. April zu zweitägigem Besuch des Prinzen Leopold und der Prinzessin Gisela nach München.

**Florenz**, 8. April. Heute Vormittag waren sämtliche Mitglieder der Evangelischen Allianz auf dem Biale Colli zu einem Dejeuner vereinigt. Abends fand unter dem Vorsitz Navilles eine interessante Sitzung statt. Verschiedene Reden über die Autorität der Bibel wurden gehalten. Eine zahlreiche und distinguierte Zuhörerschaft füllte das Theater und spendete den Rednern lebhaften Beifall. Für morgen wird eine Rede des ehemaligen Hofpredigers Stöcker erwartet.

**Brüssel**, 9. April. Die Zentralsektion der Kammer nahm einstimmig das Alter von 25 Jahren als Grundlage des Wahlrechts an und setzte als die niedrigste zur Wahlfähigkeit erforderliche Steuer, anstatt wie bisher 100 Frs., 10 Frs. fest. Die meisten Mitglieder waren über das Erfordernis einer eigenen Wohnung einig. Eine lange Debatte fand statt über die Frage, ob zu der Festlegung eines Zensus von 10 Frs. und der Bedingung einer eigenen Wohnung noch das Erfordernis einer gewissen Kapazität zugefügt werden sollte. Die Mitglieder der Rechten sind im Allgemeinen gegen obige Bedingungen. Die Sektion wird nächsten Mittwoch wieder zusammenentreten.

**London**, 9. April. Der Gemeinderath beschloß dem Deutschen Kaiser bei seinem Besuch in England eine Begrüßungsadresse im goldenen Kästchen zu überreichen.

**London**, 9. April. Wie dem „Reeterschen Bureau“ aus Mombassa gemeldet wird, hat die englische ostafrikanische Compagnie eine Proklamation veröffentlicht, in welcher sie alle Gruben und das Recht, in dem Gebiete der Gesellschaft nach Mineralien zu graben, ausschließlich für die Inhaber von Freibriefen der Gesellschaft in Anspruch nimmt und den Europäern und anderen Fremden verbietet, von den Eingeborenen Ländereien zu kaufen.

**London**, 9. April. Nach einer Meldung des „Reeterschen Bureau“ aus Simla von heute bestätigt sich die Ermordung Quintons und Gefährten. Ein Schreiben des Rebellenführers von Manipur an den Vizekönig von Indien

erklärt, daß das Volk Quinton und dessen Gefährten ermordet hätte; weil diese seine Soldaten getötet, den Palast angegriffen und den Tempel entheiligt hätten. — Das „Reetersche Bureau“ meldet weiter: Die Manipuris richteten gegen die Position Grants bei Thobal einen Angriff. Nach dreistündigem Kampfe wurden sie mit großem Verlust zurückgeschlagen. Der Anführer der Aufständischen und zwei andere Führer sind gefallen. Kapitän Pregrave unterstützte Grant. Die Bewohner von Manipuri erklärten sich bereit, die englische Oberherrschaft anzuerkennen, sobald die Engländer in Manipur einziehen.

**Sofia**, 9. April. Die „Swoboda“ erfährt aus verlässlicher Quelle, daß die serbische Regierung ihre vollkommene Geneigtheit ausgesprochen habe, alle diejenigen Individuen zu verfolgen, welche den freien Aufenthalt in Serbien dazu benutzen, um Komplotten gegen Bulgarien vorzubereiten. Außerdem habe die serbische Regierung erklärt, sie werde der bulgarischen Behörden und Polizeiorgane zur Verfügung stellen, um die Mörder Beltschews dingfest zu machen, falls dieselben in Serbien eine Zuflucht suchen sollten. Die „Swoboda“ bemerkt, die serbische Regierung befürde durch obige Erklärung ihre friedlichen Gesinnungen.

**Hamburg**, 9. April. Der Postdampfer „Chruszka“ der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft hat, von New York kommend, gestern Nachmittag 2 Uhr Uzard passiert.

## Angekommene Fremde.

**Posen**, 10. April.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Gestüts-Direktor v. Nathusius aus Birke, Rittergutsbesitzer Luther mit Frau aus Lopuchowo, die Kaufleute Abramowski, Fichtmann, Philippsborn, Wohlau und Claerer aus Berlin, Lude aus Rathenow, Jäger aus München, Langwald aus Königsberg, Karthe aus Dresden, Leisewitz a. Bremen, Barth aus Cognac, Schlundt aus Stuttgart, Krämer aus Worms, Hechtenberg aus Lüdenscheid, Fangmeyer aus Krefeld, Jacobi aus Breslau, Kauffmann aus Mannheim und Voigt aus Magdeburg, Asekuranz-Inspektor Weber aus Berlin.

Mylus Hotel de Dresde (Fritz Breuer), Arzt Weidert aus Krakau, Direktor Brockmann aus Berlin, Privatier Ottling aus Lautenburg, die Fabrikanten Ulzberg aus Dresden und Elmers aus Hannover, Ingenieur Ramin aus Berlin, die Kaufleute Albrecht aus Kassel, Ging aus Halle, Behrmann aus Altona, Nicker aus Bremen, Bartling aus Leipzig, Tillmann aus Düsseldorf, Holling aus Berlin, Werner aus Hamburg, Cotta aus Breslau und Frau Gellert aus Pleschen.

Grand' Hotel de France. Rittergutsbesitzer Graf Bniński aus Emachowo, Arzt Dr. Karaszewski aus Kowarowko, die Kaufleute Hellmann aus Würzburg, Röbler aus Leipzig und Witkowski aus Mogilno, Frau Janikowska und Tochter aus Strzelno, Frau Denk aus Kosten und Rentier Caro aus Berlin.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Arning aus Köln a. Rh., Günther aus Berlin und Weber aus Breslau, Agent Kroll aus Berlin, Deponom Seidel aus Oldenburg, Konditor Machowksi aus Thorn, Hauptmann a. D. Stückmann aus Danzig, Rentier Carsten aus Berlin.

Hotel Bellevue (H. Goldbach). Die Kaufleute Selle, Boerner und Hille aus Berlin, Lauterbach, Briese, Bernif und Steinert

aus Breslau, Juhl aus Gotha, Geiseric aus Büttichau, Blinke aus Chemnitz, Doepe aus Stettin, Belmer und Lux aus Strehlen, Gutsbesitzer Enger aus Schleiberg, Ingenieur Hoffmann aus Berlin, Post-Direktor Hering aus Halle a. S., Königl. Steuer-Supernumerar Glasmann aus Weseritz.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Ramicz, Kowalski und Horn aus Breslau, Behrend und Grünberg aus Berlin und Moses aus Landeshut.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Maladinsti und Erbe aus Berlin, Bondelau aus Bromberg, Weis aus Breslau, Deutsch aus Neustadt und Fröhlich aus Grünberg.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Beder aus Breslau und Möller aus Liegnitz, Ingenieur Berger aus Berlin, Chemiker Neubert aus Posen.

Hotel de Berlin (W. Kamienski). Rittergutsbesitzerfrau v. Skofinska aus Kożut, die Gutsverwalter Wize aus Jeżewo und Chrapalski aus Radlin, Gutsbesitzer Nitschke aus Staniszewo, Verfischerungsinspektor Heideroth aus Magdeburg, Bürger Brzezinski aus Adelnau, Probst Koził aus Zduńc, die Kaufleute Braun aus Włocławek und Roszak aus Ostrowo.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Musiklehrer von Kobierzycki aus Lissa, die Kaufleute Gulland, Hencke und Fran, Schmidt und Doring aus Berlin, Heiducki aus Frankfurt a. M., Wollheim aus Breslau und von Klepaczuk aus Posen, Kellner Szynkowski aus Kosten, Student Kaminski aus Pleschen und Techniker Garzeczki aus Thorn.

## Handel und Verkehr.

**Berlin**, 9. April. Die Bilanz der Diskonto-Gesellschaft für 1890 ergibt folgende Ziffern: Kassenbestand 27 319 917 M., Bechelbestand 67 451 297 M., Reports 31 889 675 M., Eigene Wertpapiere einschließlich Konsortial-Beteiligungen 40 025 796 Mark, Dauernde Beteiligung bei ausländischen Bankinstituten nebst Kommandit-Beteiligungen 4 546 375 M., Debitorne 82 407 088 Mark, Aval-Debitoren 5 682 468 M., Diverse 6 779 801 M., zu faximen 266 102 417 M. Dagegen: Kapital 75 000 000 M., Allgemeine, Befondere und Außerordentliche Reserve 24 088 338 M., Deposit-Rechnungen mit Kündigung 36 489 754 M., Kreditorne 89 852 584 M., Akzente 20 349 564 M., Aval-Bepflchtungen 5 682 468 M., Pensionskasse 2 019 206 M., Dividende 8 250 000 M., Diverse 4 330 253 Mark, Übertrag auf neue Rechnung 40 250 M., zuf. 266 102 417 Mark.

**Aachen**, 9. April. Dem Vernehmen nach wird der Aufsichtsrat der Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft die Vertheilung einer Dividende von 450 Mark pro Aktie gleich 75 Prozent vorschlagen.

**Mainz**, 9. April. Die hessische Ludwigsbahn vereinahmt einschließlich der Übertragung des Vorjahrs 20 289 226 Mark. Der Generalversammlung stand die Summe von 6 729 414 Mark zur Verfügung. Der Verwaltungsrath beschloß gestern, die Vertheilung einer Dividende von 4<sup>2</sup>/3 p.C. vorzuschlagen.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1891.

Datum	Barometer auf 0 Stunde	Wind.	Wetter.	Temp. Grad
9. Nachm. 2	755,8	Nö	stürmisch bedeckt	+ 7,6
9. Abends 9	758,0	Nö	stark bedeckt	6,4
10. Morgs. 7	758,4	O	frisch bedeckt	+ 4,9
Am 9. April			Wärme-Maximum	- 8,7° Cels.
Am 9.	=		Wärme-Minimum	+ 3,1° =

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. April	Morgens 278 Meter.
= 9.	Mittags 27,6 =
= 10.	Morgens 2,72 =

## Telegraphische Börsenrichte.

### Kond.-Kurse.

Breslau, 9. April. Biennlich feit. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%ige Pfandbriefe 97,75 4%ige Goldrente 92,30, Konkordirte Türken 18,90, Türkische Looje 78,75, Breslauer Diskontobank 104,00, Breslauer Wechslerbank 103,00, Schlesischer Bankverein 120,00, Kreditattività 165,10, Donnersmarzhütte 82,75, Oberschles. Eisenbahn 68,00, Oppelner Bement 197,50, Kramita 130,00, Laurahütte 125,75, Verein. Delsabt. 106,25, Österreichtische Banknoten 175,40, Russische Banknoten 242,00.

Schles. Binfaffen 195,00, Oberschles. Portland-Bement 112,00, Archimedes —, Kattowitzter Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 123,90, Flöther Maschinenbau 105,25.

4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> prozent. Obligationen der Oberösterreichischen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb in Gleiwitz 101,15, Schlesische Dampfschiffsskompanie 109,50.

Frankfurt a. M., 9. April. (Schluß-Fest.)

Lond. Wechsel 20,352, 4proz. Reichsanleihe 106,25, 3proz. —, österr. Silberrente 80,80, 4proz. Papierrente 80,90, do. 5proz. 89,50, do. 4proz. Goldrente 97,50, 1860er Looje 126,00, 4proz. ungar. Goldrente 92,20, Italiener 93,60, 1880er Russen 99,20, 2. Orientali. 75,80, 3. Orientali. 76,80, unif. Egypter 98,00, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> proz. Egypter 94,00, konv. Türken 18,95, 4proz. türk. Anl. 84,65, 3proz. portug. Anl. 56,40, 5proz. ierb. Rente 91,90, 5proz. amort. Rumäniener 99,80, 6proz. konv. Mex. 89,10, Böh. Weiß. 303<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Böh. Nordbahn 179, Zentral-Pacific —, Franzosen 217, Galizier 186<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Gotthardbahn 158,30, Hess. Ludwigsb. 115,80, Lombarden 104<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Lübeck-Wüthen 165,00, Nordwestb. 181<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Kreditalt. 264<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Darmstädter 151,30, Mitteld. Kredit 104,80, Reichsb. 143,00, Diskonto-Kommandit 205,50, Dresden. Banf. 149,70, Partner Wechsel 80,816, Wiener Wechsel 175,35, serbische Tabakrente 91,90 4prozent. Spanier 76,40.

London, 9. April. (Schlußkurie.) Stetig.

Engl. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> prozent. Consols 96<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Preuß. 4proz. Consols 104, Italien. 5proz. Rente 93<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Lombarden 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 4proz. 1889 Russen (II Serie) 98<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, konv. Türken 18<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, österr. Silberrente 80<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, österr. Goldrente 97,50, 1860er Looje 126,00, 4proz. ungar. Goldrente 92,20, Italiener 93,60, 1880er Russen 99,20, 2. Orientali. 75,80, 3. Orientali. 76,80, unif. Egypter 98,00, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> proz. Egypter 94,00, 4proz. türk. Anl. 84,65, 3proz. portug. Anl. 56,40, 5proz. ierb. Rente 91,90, 5proz. amort. Rumäniener 99,80, 6proz. konv. Mex. 89,10, Böh. Weiß. 303<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Böh. Nordbahn 179, Zentral-Pacific —, Franzosen 217, Galizier 186<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Gotthardbahn 158,30, Hess. Ludwigsb. 115,80, Lombarden 104<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Lübeck-Wüthen 165,00, Nordwestb. 181<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Kreditalt. 264<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Darmstädter 151,30, Mitteld. Kredit 104,80, Reichsb. 143,00, Diskonto-Kommandit 205,50, Dresden. Banf. 149,70, Partner Wechsel 80,816, Wiener Wechsel 175,35, serbische Tabakrente 91,90 4prozent. Spanier 76,40.

Rio Tinto 23<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> proz. Rupees 76<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Argentin. 5proz. Goldanleihe von 1886 72, Argentin. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> prozent. äußere Goldanleihe 42<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Neue 3prozentige Reichsanleihe 83<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Silber 44<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Wechselnotrungen: Deutsche Bläze 20,55, Wien 11,78, Paris 25,42<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Petersburg 28<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Aus der Bank floßen 65 000 Pfd. Sterl. nach Brasilien. Petersburg, 9. April. Wechsel auf London 88,80, Russ. II. Orientanleihe 101<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, do. III. Orientanleihe 102<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, do. Bank für auswärtigen Handel 298, Petersburg. Diskontobank 624, Warschauer Diskontobank —, Petersb. intern. Bank 519, Russ. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> proz. Bodencredit-Pfandbriefe 135, Große Russ. Eisenbahn 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Russ. Südweitebahn-Alten 122<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Privatdiskont 4.

Rio de Janeiro, 8. April. Wechsel auf London 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Buenos-Aires, 8. April. Goldagio 230,00.

